

Bezugspreis:

Stückpreis 4,75 RM. monatlich 2,25 RM. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 17. Dezember 1918.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die achtgeleitete Anzeigenzeile ...

Pariser feiern die deutsche Republik. Stürmische Kundgebung der Sozialisten.

Genf, 16. Dezember. Aus Paris wird von den ...

Genf, 16. Dezember. Die gesamte Pariser Presse ...

Eine Erklärung Wilsons über seine Politik.

Amsterdam, 16. Februar. Der Berichtshatter der ...

Die Vertreter Frankreichs auf der Friedenskonferenz ...

Die Welttrationierung.

Kontingentierung der Rohstoffe.

Wien, 16. Dezember. (Holländisch Neuwieders.) Der ...

Wir hoffen zuberichtlich, daß diese Mitteilung ...

Judenverfolgung in Rumänien.

Kranau, 16. Dezember. Auf dem Wege über Ungarn ...

Ein Wiederaufrichtungsversuch des Zarismus fehlgeschlagen.

Stockholm, 16. Dezember. Die Pläne der russischen ...

Die Fischerei in der Nordsee.

Hamburg, 16. Dezember. Auf telegraphische Anfrage ...

Die Gefahr der Kaperei besteht noch fort, dagegen ...

Der neue Wirtschaftsausschuss der Waffenstillstandskommission.

Materiallieferungen verlangt.

Berlin, 16. Dezember. In der Sitzung des ...

Die Siebenbürger Regierung für den Anschluß an Rumänien.

Budapest, 16. Dezember. Am 15. Dezember ist eine ...

Der erste Tag.

Da sie hat das Ergebnis der Wahlen zum Kongress ...

Von der hysterischen Angst der Spartakisten ...

Am Sonntag haben die Berliner Unabhängigen ...

Der ganze gestrige Tag war dem Bericht des ...

Wir aber denken, es wird nicht an den ...

Der Volksgussrat könnte jedenfalls heilsam sein ...

Mussweisen Davids überhaupt nicht gefordert. Das ist typisch!

Die ganze Geschichte des Vollaugsrats ist eine Geschichte von Irrungen, Wirrungen, Abenteuern, übereilten Verfügungen, Nichtnahme dieser Verfügungen, eine Kette von bewilderten Zwischenfällen. Es war dabei weniger böser Wille als Spiel als Uebereifer und Unvermögen. Es kann eben nicht jeder jedes, und es ist ein Unrecht, Leute an verantwortliche Stellen zu setzen, die ihrer Aufgabe nicht gewachsen sind.

Eine genaue Uebersicht der Kräfteverteilung auf dem Kongress hat der erste Tag nicht gebracht, aber Fraktionskärten sind nebenfächlich, wenn über dem Ganzen nur der gute alte sozialdemokratische Geist waltet! Mit Sicherheit hat sich indes gezeigt, daß der Kongress in seiner erdrückenden Mehrheit allem sozialistischen Treiben entschieden abhold ist. Das beweist die zweimalige Ablehnung des Antrags, Liebknecht und Rosa Luxemburg als Beiräte zuzulassen, die mit erdrückender Mehrheit erfolgte. Liebknecht und Rosa Luxemburg sind vom Kongress ausgeschlossen durch das System der Betriebswahl, das sie selbst als muster-gültig gebilligt haben, und sie wurden von dem Kongress der K. und S. Räte abgelehnt, dem sie selber „die ganze Macht“ in die Hände legen wollen. Wenn Liebknecht daraufhin vor dem Hause mit seiner Garde herumtobte, so liegt darin eine solche unfreiwillige Komik, daß der notwendige ernste Tadel in Gelächter unterzugehen droht.

Wir möchten einmal als Berliner, die ihr Berlin lieben und mit dem Berliner Proletariat verwachsen sind, über dieses Treiben sprechen. Berlin ist in Gefahr, seinen Rang als politische Hauptstadt der Deutschen Republik zu verlieren, weil die organisierten Arbeiter Berlins nicht imstande sind, einigen unentwegten Kabauffreien Bügel anzulegen. Wenn die Nationalversammlung in Berlin vor Einbrüchen demonstrierender Mengen nicht geschützt werden kann, dann wird sie eben in Cassel, Erfurt, Nürnberg oder sonstwo tagen, wo man sie mit offenen Armen aufnehmen und dafür sorgen wird, daß sie ungehindert arbeiten kann. Die „Begrüßung“, die dem Kongress der K. und S. Räte zuteil wurde, bleibt, wenn sich auch nur ein winziger Teil der Arbeiterschaft an ihr beteiligte, eine Schande und ein Schaden für Berlin. Ist denn die Macht der organisierten Arbeiterschaft nicht groß genug, um solchen Kinderreien endlich ein Ende zu machen?

Der Reichskongress hat sich durch das brutale Beispiel in seiner ersten Arbeit nicht fördern lassen. Er nahm es durch den Mund seines Präsidenten „zur Kenntnis“, und damit war die Sache erledigt. Heute, spätestens morgen kann die geschichtliche Entscheidung des Kongresses, die über den Termin der Wahlen zur Nationalversammlung fallen, kann der neue Vollaugsrat gewählt, der Rest der Tagesordnung erledigt werden, und dann können die Delegierten, die wir, wenigstens zum großen Teil, im Januar als Abgeordnete der Nationalversammlung hier wiederzusehen wünschen, nach Hause zurückkehren, wo dringende Arbeit ihrer harret.

Die tschechische Sozialdemokratie gegen die Vergewaltigung der Deutschen.

Prag, 16. Dezember. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie „Pravo Lidu“ wendet sich energisch gegen die Versuche zur Vergewaltigung der deutschen Bevölkerung Böhmens und fordert nachdrücklich eine nationale Verständigung zwischen Tschechen und Deutschen. Aus den Ausführungen des Blattes geht hervor, daß die tschechische Sozialdemokratie nicht gewillt ist, den Bemühungen des tschechischen Imperialismus untätig zuzusehen und läßt sich an, daß demnach eine Bewegung in diesem Sinne einsetzt wird. Das Blatt schreibt: Das tschechische Proletariat wird seine ganze Macht aufbieten, um die Verhältnisse beider

Der Hubermaier!

Von Hermann Siens.

Mein Freund Hubermaier war ein behäbiger Mann mit Schmeicheleien und Hängebäusen. Vor dem Kriege natürlich, als es noch gemächliche Stunden, Westwärts von Tellergrube und gelobte Stammpflanz in seiner Stammschilde gab. Der Stammpflanz Hubermaiers am runden Tisch zeigte im jeder einen hell ausgefressenen Fleck und durfte grundsätzlich von niemand anderem benutzt werden. Sonst kämte er, und seine Stammschilde über schwingen beharrlich mit, bis der Fremdling, von bösen Blicken gefolgt, verdrückt und eingeschüchtert wich. Nicht daß man an jenem Tisch Geheimnisse beriet, nein, nur seine Ruhe wollte man haben. Denn die wurde von jeder fremden Meinung gestört. Man sah und trank und paffte im gesegneten heiligen Halbschale. Dem eigenen Bette gehend und das Gehirn sorgfältig schonend, nicht man den gegenseitigen Meinungen milde zu. Alle feststehenden Momente waren gepflegt, die Augen wurden höchstens durch ein scharfes Schindeln hellert, die Gesichter nur düstert, wenn man vom schlechten Gesprächsgeränge sprach und der Begehrlichkeit der Leute.

„Der Krieg muß es geben, das ist ja viel laut fann uff der Welt, die Welt muß weniger werden!“
„Ist mir noch Zeit, mei Frang ist erst fteigebn, do bräucht er noch nit.“
„In er Krieg,“ seufzten sie und dachten an die fetten Stunden, jehwe um die achzig herum.

Und dann kam der Krieg. Meinem Freund Hubermaier jehnte das Maul vor Überraschung schon am dritten Mobilmachungstage aus und sein Appetit hatte in all der Verpösterung einen Fortschritt zu verzeichnen: „Der werdet sehn, wie mler ihne die Köpp verschlogel!“ sagte mein Freund, klafte mit der Haut aus den Stammschilde und befaß zu Hause: „Denke, äng die Hahn ewent. Das ist ja auch gleich drauße ängel. Länger wie bis zum Friedhöf brauche wir se doch nit.“ Nachher fix wie in Paris und ih laof e neue Hahn zum Einzug.“
Doch die Erde verärgerte sich. Und dann, der Frang mußte dem wütl. Das Futter wurde knapp und knapper. Hubermaiers Schindeln frische Hullen und er nahm das Familienbuch vor, um noch lässlichen Verwandten zu häßern. Hubermaier wurde Sammler, interessierte sich plötzlich für Natur und lässliche Umgebung. Er hochte und spähte und bef. Seine Tochter durfte nicht mehr müßterren. Denn im Klavier hingen Schinken und Kanakfleisch. In der großen banten Blumenbäse unter dem Radartafel hat die Mutter, das Wehl hand unter meines Freundes Bett und die Kaffeeier lagen im Eimer neben der Wasserpflanzung. Die Messingplannen und das Kupfer fanden ihren Platz unter den Kohlen im Keller.
Und dann kam stünd ganz Verdrücktes; Hubermaier was

Nationen gerecht zu ordnen, da eine Vergewaltigung der deutschen Minderheit nur eine gefährliche Irredenta schaffen würde. Die sozialistischen Vertreter in der Nationalversammlung seien gewillt, eine Aktion in dieser Richtung zu unternehmen, um möglichst bald eine Klärung der Verhältnisse herbeizuführen.

Polnische Konstituante wahlen auf deutschem Boden!

Wir haben bereits gelehrt mitgeteilt, daß die polnische Regierung am 28. Januar auf bisher preussischen Gebiet Wahlen zur polnischen Nationalversammlung vorzunehmen beabsichtigt. Die Liste der offiziell hierzu berufenen Bezirke ist darum besonders interessant, weil sie zeigt, auf welche preussischen Gebiete die polnische Regierung auf der Friedenskonferenz Anspruch zu erheben gedenkt. Darum ist zu unserer gestrigen Meldung ergänzend hinzuzufügen, daß unter den zur Wahl aufgerufenen Bezirken (neben Katzentau, Allenstein, Thorn, Posen, Gloggn, Oppeln, Deutsch, Ratowik, Piatow und Keiße) auch Danzig gehört. Man muß sich daher wundern, daß nicht auch Berlin mit einbezogen ist, wo doch entschieden mehr Polen wohnen als in manchen der hier angeführten Bezirke. Die polnische Regierung hat die polnische Regierung an der tatsächlichen Macht fehlt. Auf der Friedenskonferenz wird aber nachdrücklich die Forderung erhoben werden müssen, daß Gebiete, die vorwiegend zu Deutschland gehören und bei Deutschland bleiben wollen, keiner nationalen Fremdherrschaft unterworfen werden.

Gegen den Reichstag — für die Nationalversammlung.

Eine Erklärung der badischen Regierung.

Berlin, 16. Dezember. Dem Rat der Volksbeauftragten ist das folgende Telegramm zugegangen:
Die badische vorläufige Volksregierung steht hinter dem Rat der Volksbeauftragten. Sie kann deshalb einer Einberufung des Reichstags gegen den Willen des Rats der Volksbeauftragten nicht zustimmen. Dagegen beharrt sie auf dem schon in einem früheren Telegramm an die Reichsregierung und an die bundesstaatlichen Regierungen niedergelegten Standpunkt, daß die deutsche Nationalversammlung so schnell wie irgend möglich einzuberufen ist.

Fehrenbach auf dem Rückzuge.

Der Präsident des Reichstags Fehrenbach teilt den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstandes und Hinausschiebung der Vorfriedensverhandlungen zunächst ein Verdruss für den Zusammentritt des Reichstags nicht besteht. Das Bedürfnis hat nie bestanden, Herr Fehrenbach! Um Ihre Sorgen sind Sie zu beneiden.

Erklärungen Haases.

Gewalt gegen die Nationalversammlung ausgeschlossen.

Die „Freiheit“ veröffentlicht Erklärungen des Volksbeauftragten Haase, die dieser bei einem Empfang ausländischer Journalisten auf an ihn gestellte Fragen abgab. Zu der von Fehrenbach betriebenen Einberufung des Reichstags sagte er, daß von einer Einberufung des Reichstags keine Rede mehr sein könne. Wenn die Notwendigkeit einer Einberufung damit begründet werde, daß die Entente die gegenwärtige deutsche Regierung nicht anerkenne, so müsse dem entgegengehalten werden, daß Marschall Hoch den Waffenstillstand mit den deutschen Abgeordneten abgeschlossen habe, nachdem sie erklärt hätten, daß sie im Auftrage der Regierung Ober-Haase gekommen seien. Der Abschluß des Waffenstillstandes bedeute also eine Anerkennung der Regierung. Nach internationalen Brauch werde jede Regierung als verhandlungsfähig anerkannt, wenn sie im Besitze der tatsächlichen Macht sei. Dies müsse aber von der jetzigen Regierung ohne weiteres zugegeben werden.

mit der Ordnung der Dinge im Staate plötzlich nicht mehr einverstanden.

„Es muß anders werre, so kann nit mehr weiter grö.“ Die Regierung muß Maßregeln ergreifen,“ murmelte er am Stammtisch. Denn es gab nur mehr einfaß gebräutes Bier. Und die Rigatten waren ständlich teuer geworden. Auch dauerte ihm der Frang zu lang. Er füllte sich sehr unbehaglich und seine Verdauung lit bedenklich.

„Es muß anders werre,“ jurets er geimig und seine Stammschilde murmelten mit finstern Gesichter: „Auch nit mehr.“

Kann fante sie wieder in den haben, heiligen, gesegneten Halbschale. Sie gaffte nur manchmal ängstlich auf, wenn die Frant um einen Kilometer zurückging und bößen sofort beruhigt wieder ein, wenn die Schwarte ausgewechselt war. Die plötzlich die alte Ordnung kitzend in Scherben sprang und kinn die Herzen um die Ohren flühten.

Da erwiderte Hubermaier und spölte die Köpfe wie ein im Schlaf gelehrtes Murmelwerk.

„Derse se denn fomas mocht!“ freute sich Hubermaier seine Frau. „Der Krawn wurde Meich und berückte die Wertpapierer im Behtuß. Da fah sie heute noch. Mit harten Fingern langte sich Frau Revolution mittlerweile die Närdchen vom Eßel, doch ihre Aronen und Kränlein in die Erde purzelten. Hubermaier hant immer noch schättern abfrit und berann sich, was er in solch gefährlichen Zeiten tun sollte. Seine Verdauung wurde hart beschleunigt, so daß seine Frau viel Wäsche bekam. Doch fette, es kam niemand, seine Wertpapierer zu runden, die Blüßgarantur im guten Himmer bließ unberührt, und der Frang kam auch wieder kein.“

Da richtete sich Hubermaier allmählich los, weil er sah, daß es ihm nicht an Gut und Leben ging. Er bekam sich und bereit mit seinen Stammschilde.

Doch oben in der Kumpellammer des Hauses lonen allerlei merkwürdige Dinge. Die waren ihm durch den Großhader von Kraw 48 her vererbt: Ein gewaltiger Schlepplabel mit schwerem Messinggriff, ein langer Schwend, ein schwanzengeformtes Närdlein, ein weißes aussehender Halberkum und ein beugliches, moisterreines Pergament. Mit diesen Dingen angetan, daß fühlte sich und das Bergewand schwingend, trat nun Hubermaier vor seinen Stammtisch und hielt eine glühende Rede, welche in den Worten gipfelte:
„So kann es nit weitergebe, mir müsse uns auf uns selber befinne. Das Volk muß frei werre.“ Seine Stammschilde komponierten begeistert zu der Rede. Nur einer machte den verzagten Zwischenruf: „Wann aber die Herfche doch wieder kumme, was dann?“

Über diesen Punkt beraten sie heute noch im geschlossenen Saal.

Darvill brauchen die Revolution Alles mit harem Griff niederzrüt und wiederum Stein auf Stein zu neuen Fundamenten fipfl!

Haase erklärte es mit Nachdruck für ausgeschlossen, daß eine die Nationalversammlung gewaltiam aufeinandergetrieben werden würde, falls die bürgerlichen Parteien die Mehrheit erzielten.

Ferner antwortete er auf eine Anfrage, daß seine Zustimmung für die Möglichkeit einer gemeinsamen Regierung von Unabhängigen und Sozialisten bestehe. Die Macht der letzteren würde nur zunehmen, wenn sich die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse derart verschlechtern sollten, daß die Arbeitermassen an der gegenwärtigen Regierung verzweifeln und bei einer radikalen Gruppe Zuflucht suchen, um ihre Lage mit ihrer Hilfe zu verbessern. Wenn die Entente eine derartige Wendung nicht wünsche, so könne sie an ihrer Veränderung durch einen raschen Fortschreiten und Selbige Lebensmittelhilfe mithelfen.

Ein Geheimvertrag zwischen der deutschen Regierung und der Entente über das Verhalten zur Sowjetrepublik bestehe nicht.

Ohne den Ernst der Lage Deutschlands zu verkennen, äußerte Haase doch die Zuversicht, daß die Regierung der Schwierigkeiten Herr werden werde.

Noch ein sozialdemokratischer Wahlsieg in Mecklenburg-Strelitz.

Noch hebt die Freude über unseren glänzenden Wahlsieg bei den Wahlen zur Konstituante in Anhalt nach. Da erreicht und schon wieder ein eindrucksvoller Sieg der sozialdemokratischen Sache. In Mecklenburg-Strelitz, wo die Sozialdemokratie früher stets in erklärter Minderheit war, ist es ihr gelungen, rund die Hälfte aller Stimmen auf sich zu vereinigen.

Es erhielten Stimmen

Sozialdemokratie	23591
vereinte Liberale	19062
Dauerbund	2540
Handwerker	2223

Das Ergebnis einiger kleiner Orte sieht noch aus. Das ist von diesen Orten zu erwarten, daß ihr Stimmenverhältnis der Sozialdemokratie die absolute Mehrheit verschafft.

Bei der Reichstagswahl von 1912 hatten wir von 21 124 Stimmen nur 6492 auf unseren Kandidaten vereinigen können. Die Reichspartei hatte 1733 und die Nationalliberalen hatten 8200 Stimmen erhalten. Die auf die Sozialdemokratie entfallenden Stimmen betragen also erst 30 Proz. aber abgegebenen. Heute aber stehen 60 Proz. der Männer und Frauen von Mecklenburg-Strelitz hinter unserer Fahne. Und bei solchen Resultaten sollten wir die Stimme des deutschen Volkes zu fürchten haben? Sperrstabs und die Unabhängigen mögen allerdings ein Schauten davor empfinden.

Die Wählerlisten Ende Dezember fertig.

Ein hervorragender Verwaltungsbeamter teilte einem Mitarbeiter der F. F. A. über die verwaltungsmäßige Möglichkeit der Vorberlegung der Wählerlisten zur Nationalversammlung folgende mit: Die Wählerlisten zur Nationalversammlung werden Ende dieses Monats fertig sein, da seit der Veröffentlichung des Wahlscheines für die Nationalversammlung ein voller Monat zur Verfügung stand. Schon am 1. Dezember hat Staatssekretär Borch durch Rundschreiben alle Wahlämter auf die Wichtigkeit der Vorberlegung der Wählerlisten hingewiesen. Es sind auch schon eine ganze Reihe von Nachrichten eingelaufen, welche uns die Gewißheit geben, daß um den ersten Januar die Wählerlisten überall fertig sein werden, selbst in Berlin, wo die Verhältnisse am schwierigsten liegen. Der Zeitraum von einem Monat war aber infolge der Müdigkeit der Truppen, der Umstellung der Wirtschaft, der großen Fluktuation der Bevölkerung und der ungeheuren Erhöhung der Wählerzahl von 14 auf 40 Millionen unbedingt notwendig. Keiner hätte sich die Arbeit nicht demütigen lassen. Es ist auch Sorge dafür getroffen worden, daß die Truppen, welche sich im Jahre 1910 beimischen, noch in die Wählerlisten eingetragen werden können.

Gotische Alltagskunst.

Gotische Formmodel, eine herrliche Gattung der Kleinplastik von B. v. Dobe und H. F. Volbach. G. Grote'scher Verlag, Berlin 1918. — Diese Sonderausgabe einer im letzten Heft des Jahrbuchs der Preuss. Antikommmission erschienenen, weit reichliche Illustrationen reichhaltig ein fast unbekanntes Gebiet der deutschen Kunst. Die Beschaffenheit der gotischen Kunstwerke ist in der Regel, die sich in Ton oder Stein, aus dem Bereich der vorchristlichen öffentlichen und Privatleistungen, wozu sich der Kolossalbau am Mittelrhein auszeichnet. Sie weisen nach, daß sie noch den Fundamenten wie nach der Kunst der häufigen Inschriften, nach Trachten und Stil von Mittelrhein im zweiten Viertel des 16. Jahrhunderts entstanden sind, und daß wahrheitsgemäß Gotische sie hergestellt, um dann durch Überläufe in Kopiermasse den Schwund von Skulptur, Bildhauer, Hausaltären auf, fällig und in Menge hergestellten. Manigfaltig wie ihr Bild sind auch die Darstellungen. Der ganze Schichtenkreis der damaligen Welt, wie wir ihn aus den Schriften der religiösen Erziehung, der Mythik und den gotischen Literaturformen der Zeit kennen, findet sich darin. Neben den häufigsten religiösen Darstellungen sind die Allegorien zahlreich, mit besonderer Vorliebe sind auch profane Motive behandelt: Liebesgötzen, Totenopferdarstellungen, einfache Sittenbilder, gelegentlich mit hork entzifferter Färbung, aber sie sind so wohl geformt, daß sie nicht anständig ausfallen. Sie sind namentlich noch verwandt den fast gleichzeitigen frühreifen Kupferplatten, die gleichfalls Krüchten von Goldschmieden aus dem Rheinlande sind, und denen sie vielfach in trefflicher Anordnung, Freiheit der Bewegung, Feinheit der Durchbildung und trübendem Quamor gemachen sind. So sind diese Arbeiten von vielseitigem Interesse sowohl durch die Darstellungen, die sie zu den Anfängen des Kupferstichs, zur Goldschmiedekunst, zum Vogel- und Steinrelief mit verbunden, wie durch das eigenartige, ernichtende Bild, das sie von der Kunst und dem Volkstum am Rhein im späten Mittelalter darbieten.

Notizen.

— Vorträge. Frau Hüfing ließ im Meldehof am Montag, den 23. Dezember 1918, nachmittags 3/4 Uhr, Mädchen für Kinder: Brüder Grimm, v. Volkmann Leander, ferner mit Bildbüchern die lustige Bubengeschichte Mag und Morib von Wilhelm Busch.

— Die akademische Kriegshilfskaffe (Hilfskaffe der verarmten Berliner Künstlerinnen), die während des Krieges nothwendig bildende Künstler und die Familien der im Felde stehenden Künstler unterstützt hat, wird ihre Tätigkeit jetzt den aus dem Felde heimkehrenden Künstlerinnen zuwenden. Die Reichsbehörde ist darüber nach 4. Dort ist auch eine Kunstschule für bildende Künstler und Kunstler eingerichtet. Günstig von 9-8.

Das Spartakus-Treiben von gestern.

Protest der Arbeiterschaft.

Die „Kote Fahne“ hatte gestern wieder geschrieben: Heraus aus den Betrieben! Was sie so ziemlich jeden Tag anordnet, ohne daß ihr der Mutterboden ausbleibt. Es kommt zwar nichts dabei heraus, aber schließlich: Betrieb muß sein und wie ehemals gekrönte Häupter, so müssen die Spartakusführer jeden Tag ihre Parabe haben und die „Kote Fahne“ Stoff zum — Aufbläsen.

Der immer allgemeiner werdende Unwille der Arbeiterschaft, für diese alltäglichen Narrenkomödien die Stützen zu liefern, schiert den Spektakelbund wenig. Es gibt ja noch allerhand Mittelchen, die Arbeiterschaft gegen ihren Willen auf die Beine zu kriegen und als Werkzeug zu mißbrauchen. So hat man in verschiedenen Betrieben die Arbeiter mit vorgehaltenem Revolver gezwungen, die Arbeit niedergulegen. Wir möchten den Arbeitern doch empfehlen, sich durch solchen Nummenschanz nicht mehr verblüffen zu lassen, auch bei diesen „Geldern“ ist Vorsicht der bessere Teil der Tapferkeit; sie werden nicht schiessen. Die treffendste Antwort auf die Frechheit, auf stiebliche Klaffensollen die Waffe anzuschlagen, sind ein paar kräftige Maulschellen.

Daß die Spartakisten die wahre Stimmung der Arbeiterschaft gut kennen, beweist die Tatsache, daß in Siemensstadt die Arbeiter unter der Vorpiegelung aus den Betrieben herausgeholt wurden, es hätte, für die Nationalversammlung zu demonstrieren. Als die Siemensarbeiter am Reichstage anlangten, tanzten täglich Plakate und Medaillen des Spektakelbundes auf und machten Stimmung gegen die Nationalversammlung. Selbstverständlich kann man mit den Siemensarbeitern diese Bauernfängerei nur einmal treiben.

Wie wir schon gestern abend mitteilten, war es den Spartakisten gelungen, durch schändliche terroristische Mittel eine größere Zahl von Arbeitern gestern aus den Betrieben herauszuholen und auf die Straße zu bringen. Die Demonstrationen gegen mit roten Fahnen und Schindeln, auf denen zu lesen stand: „Noch Nichts!“ — „Nieder mit Scheidemann!“ — „Gegen die Nationalversammlung!“ — „Die Macht der Arbeiter- und Soldatenräte!“ — nach dem Abgeordnetenhause. Hier, vor dem Eingangsthor der Reichsversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte stellte sich die Menge auf. Einige unbekanntere Spartakusgrößen hielten Ansprachen. Dann setzte sich der Zug in Bewegung. Durch die Wilhelmstraße, die Linden, über den Schlossplatz, durch die Köpenicker und die Vorderberger Straße ging es nach dem Friedrichshain. Vor dem Gebäude der Kommandantur schrien Teilnehmer des Zuges: „Nieder mit Weis, dem Vorkämpfer!“ Unter fortgehenden Rufen: „Noch Nichts!“ und „Nieder mit Scheidemann!“ langte der Zug auf dem großen Spielplatz im Friedrichshain an. Hier war die Zahl der Teilnehmer sehr erheblich geringer als vor dem Abgeordnetenhause. Diejenigen, welche dem Lezzer folgten, nicht dem eigenen Triebe an der Demonstration teilzunehmen, hatten sich impassiv entfernt und was noch übrig geblieben war, bestand zum großen Teil aus Willkürhütern, die wohl keine Meinung hatten, was der Spartakusbund eigentlich will.

Im Friedrichshain hielt Nichts eine Rede nach dem Motto: In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es keine Demokratie, also ist auch die Nationalversammlung kein Ausdruck des Volkswillens. (1) Für Demokratie können wir erst kommen, wenn der Kapitalismus gestürzt, die Sozialisierung durchgeführt, die Arbeiter die Eigentümer der Fabriken sind. Um das zu erreichen, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte die Macht in der Hand behalten. Aberdenn kann der Sozialismus und die Demokratie nicht durchgeführt werden.

Unter Hochrufen auf die sozialistische Republik, die Weltrevolution und Nichts gingen die Demonstrationen auseinander.

Ein Vertrauensmann aus dem DYNAMOMETER der Siemens-Werke schreibt uns:

Gestern mittig wurden die Arbeiter des Demonstrationszuges der Siemens-Schuckertwerke vor folgende Leetexten gestellt: Drei Arbeiterkommissionen (unabhängiger Richtung) teilten mit, daß der gesamte Arbeiterrat des Siemenskonzerns beschloßen habe, in einer Demonstration für die Institution der Arbeiter- und Soldatenräte einzutreten, eine große Anzahl der Berliner Betriebe bewiesene bereits dafür. So sei der Verdacht aufgebracht, daß Spartakus hinter diesem Streik stand, er habe sich für einen solchen Mißbrauch. Um aber die Gefährlichkeit der Arbeiterbewegung nicht zu gefährden, wurde auf Vorschlag unserer Kommissionsmitglieder Genossen Rane in einer Vertrauenskommission der Beschluß gefaßt, die Arbeit niederzulegen als Demonstration für möglichst schnelle Einberufung der Nationalversammlung. Dieser Beschluß ist gefaßt mit einer überwältigenden Mehrheit von 2000:8 Stimmen. In diesem Sinne sollte unsere Demonstration des DYNAMOMETERS zu betrachten. Was wird Spartakus morgen schwindeln?

Weiter wird uns mitgeteilt:

Die Vertrauensleute der Firma Goetz, Wenz Tempelbau, die zum Teil der Unabhängigen Partei angehören, beschloßen heute früh, in den Demonstrationen teilzunehmen. Die Arbeiterschaft ist dem Rufe nicht gefolgt, nur 200-250 haben an der Demonstration teilgenommen. Am Nachmittag hat eine Vertrauensmänner-Konferenz der Gewerkschaften stattgefunden, in der eine Resolution eingebracht wurde, die den Volkshausbesitzer Herr, Danje usw. das Mißtrauen ausdrückt und den Arbeiter- und Soldatenräte die ganze Macht übertragen wissen will. Diese Resolution wurde von den Gewerkschaften mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Von anderer Seite wird uns geschrieben:

Allerlei dort, wo die Arbeiterschaft erkrankte, daß es sich bei der Arbeitniederlegung um eine Protestbewegung gegen die Nationalversammlung handelt, fast dieselbe Partei mit dem Motto: für die Nationalversammlung auf den Weg. Wohl konnten sie unter der gewaltigen Bedrohung der bewaffneten Spezialisten im Augenblick die Arbeitniederlegung nicht verhindern, aber sie lehnten es ab, auf die Straße zu gehen und gegen die Nationalversammlung zu demonstrieren. Die Arbeiter der Firma Otto Neumann handelten gleichfalls unter dem momentanen Zwange; anstatt, wie das die Arbeiter vieler Großbetriebe getan, nach Hause zu gehen, hielten sie es für ratsam, sich zu einem Zuge zu formieren und für die Nationalversammlung zu demonstrieren. Als sie jedoch hinter dem Reichstagsgebäude anlangten, wurden sie von einem heranwachsenden Zug umringelt und gezwungen, ihr Schicksal mit der Aufschrift: „Für die Nationalversammlung“ herzutragen. Der Leiter des Zuges wurde ins Gefängnis geschickt.

Dieser Vorgang des gestrigen Tages haben unter der großen Zahl der Arbeiter eine erbitterte Stimmung erzeugt. Einmütig herrscht die Meinung, daß es auf die Dauer unvorstellbar ist, sich

Umwälzung in Neukölln.

Wekern nachmittag in die Sitzung des U- und S-Rates im Neuköllner Rathaus abgehalten worden, weil Nachrichten eingelaufen waren, daß Berliner Soldatenwehr und Freikorpsgruppen in Anmarsch seien, um das Rathaus und alle öffentlichen Gebäude zu besetzen. Wie wir erfahren, ist diese Meldung wie die Aufforderung des U- und S-Rates Neukölln bereits erfolgt. Gegenmaßnahmen sind zur Durchführung bereits veranlaßt.

In letzter Nachtstunden erfahren wir, daß die Vorgänge in Neukölln zu einer Neuorganisation der Verhältnisse geführt haben. In einer Aussprache, an der die Vertreter des U- und S-Rates Neukölln, die Vertreter des Volkshausrates Keller und Kusch, der Minister des Innern Dr. Brückner, Bürgermeister Dr. Mann sowie ein Vertreter des Infanterieregiments 64 und ein Delegierter der Neuköllner Sozialdemokratie teilnahmen, kam man zu folgenden Abmachungen:

1. Die Vertreter des U- und S-Rates Neukölln erklären, daß neue Wahlen zu dem U- und S-Rat in kürzester Frist, spätestens bis zum 5. Januar 1919, vorgenommen werden.

Die Wahlordnung und der Wahlmodus wird durch eine parlamentarische, von beiden Seiten zu bezeichnende Kommission festgesetzt. Dieser Kommission wird ein unparteiischer Vorsitzender beigesetzt.

2. Der U- und S-Rat ist bereit, die in die Exekutive der Regierung eingetragenen Verfügungen sofort zurückzunehmen.

3. Den weiteren Tagungen der Stadtratskommissionen steht der U- und S-Rat nicht in dem Wege. Im übrigen steht dem U- und S-Rat das Kontrollrecht zu, wie es in den Richtlinien des Volkshausrates festgelegt ist.

4. Mit dem 17. Dezember werden die vier Sitze im Volkshausausschuß Neukölln sowie die 18 Sitze im großen U- und S-Rat, die bisher von den Freikorps und Desertireuren besetzt waren, an Vertreter vom Infanterieregiment 64 abgetreten.

5. Die Vertreter des Infanterieregiments 64 erklären: Die Truppen des Regiments werden sofort in ihre Unterkünfte zurückgezogen, ebenso die Soldatenwehr.

Zum Schluß erklärte sich der Minister des Innern Dr. Brückner bereit, im Sinne der erlassenen Verfügungen des U- und S-Rates Neukölln nichts unversucht zu lassen, durch unmittelbare Maßnahmen der Regierung zu wirken.

Über die letzte Sitzung des Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrates wird uns berichtet:

Der Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat trat am Montag um 4 Uhr zu einer Vollversammlung zusammen. Haberland, der den Vorsitz übernahm, kündigte an, daß in Folge von Fortkommnissen dieses Tages die Sitzung nur kurz sein werde. Er sprach davon, daß er und andere Mitglieder des Volkshausausschusses „unbeschädigt gehen“ wollten.

Sobald berichtet Haberland über neue Kontakte, die impassiv einzutreten seien. Er verlas das Schreiben vom Ministerium des Innern, das den Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat laßelt, weil er den von der gegenwärtigen Regierung für das ganze Staatsgebiet erlassenen Maßnahmen gegenüber die Tätigkeit des Magistrats, der Stadtratskommissionen, der Verwaltung und der Verwaltungsdeputationen gehindert und zu Unrecht sich die unbilligste Gewalt angewandt habe. Das Ministerium erwartet, daß der Arbeiter- und Soldatenrat in Zukunft sich im Rahmen seiner Befugnisse halten wird. Schlimmst falls dafür gelogt werden, daß Magistrat und Stadtratskommissionen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können. Haberland bewachte streng, dieses Schreiben sei eigentlich dadurch erledigt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat das getan habe, was er für nötig hielt. Er teilte ferner ein Telegramm des Ministeriums mit, daß der Groß-Berliner Volkshausrat ersucht worden sei, gegen die Besetzung der Zwangs-

vollziehungen und Forderungen einzuschreiten. Die Exekutive gewalttätige den Arbeiter- und Soldatenräten nicht zu. Weiter verlas er die Mitteilung des Ministeriums, es könne die Handlungsweise des Magistrats nicht mißbilligen, müsse aber das Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrates als völlig ungeschicklich bezeichnen. Die Gemeindefürsorge hätten ihre überragende Tätigkeit fortzusetzen. Vom Arbeiter- und Soldatenrat erwarte das Ministerium, daß er sich den Vorschriften unterwerfe. Dieser könne übrigens für die entstehenden Schäden auch mit seinem Vermögen haftbar gemacht werden. (Heiterkeit.)

Haberland wird dann auf ein in Aussicht stehendes Kollegium zur Änderung des Kommunalwahlrechts hin. Wünschenswert sei, daß es umgehend kommt. Selbstverständlich werde auch die Wahl der Arbeiter- und Soldatenräte nach einem anderen Verfahren erfolgen. Man werde einen früheren Kreis von Arbeitern zu den Wahlen hinzuziehen. Er wandte sich gegen Angriffe, die nur aus Gründen der Parteipolitik gegen den Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat gerichtet worden seien. Unter Diktatur des Volkshausrates verleihe er keine Diktatur einer Partei, sondern dies, daß nur die werksfähige Bevölkerung das Recht zu den Wahlen für Kommunen und Reich hat. Hierzu werde es in der nächsten Zeit kommen, wenn nicht die Regierung den Arbeitern einen Strich durchs Gesicht mache. Die revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte werden sich nicht ein Wahlverfahren aufzwingen lassen, das sie für schädlich halten.

Wenig später verlas ein vom Arbeiter- und Soldatenrat an das Ministerium des Innern und an den Groß-Berliner Volkshausausschuß gerichtetes Antwortschreiben, in dem er die über ihn veröffentlichten Nachrichten als unwarhaft zurückweist und sein Programm darlegt. (Dieses wurde bereits in der vorigen Sitzung erörtert; vergl. unseren Bericht darüber.) Der Arbeiter- und Soldatenrat kann nicht annehmen, daß es die Auffassung der preussischen Regierung sei, die Arbeiter- und Soldatenräte in den Kommunen hätten sich aufzulösen. Er erwartet Befehl.

Dann schlug Haberland vor, die Sitzung zu vertagen, bis über die Stellung der Regierung zu dem Neuköllner Arbeiter- und Soldatenrat volle Klarheit geschaffen sei. Schließlich teilte er mit, jedoch sei

das Parteisekretariat in der Redarstraße durch Militär besetzt worden.

(Bewegung.) Unter großer Unruhe meldet ein Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates,

auch das Rathaus

sehe um 5 Uhr besetzt werden. Dohm erklärte, am Tage vorher sei ihm von einem Mitglied des Berliner Soldatenrates mitgeteilt worden, daß er habe diesem gesagt, er (Dohm) werde in der kommenden Woche nach Neukölln müssen. Dohm habe keine Welt etwas unternehmen zu wollen. Haberland rief: Wir erheben schärfsten Protest gegen den infamen Vorkommnis gegen Gewalt! Wir wollen nicht mit Gewalt vorgehen, wir wollen aufräumen. Aber wenn man gegen unser Recht vorgeht, werden wir uns zur Wehr setzen. Nach nochmaligem Protest gegen die Besetzung des Parteisekretariats (Hoh) er: Die endlich denkwürdigen Menschen von Neukölln erlaube ich, hinzugehen und sich das anzusehen. Muß auf der Tribüne: Gewalt gegen Gewalt! Also hin! Galt und Tribüne leerten sich dann rasch.

In der Redarstraße fand sich eine nicht große Zahl Versammler ein. Sie standen eine Weile umher und debattierten mit einzelnen der anwesenden Wachen. Später wurde die Straße gesäubert und gegen die Berliner Straße durch eine Postenkette abgepaßert. Inzwischen war auch das von den Arbeiter- und Soldatenräten bereits geräumte Rathaus durch Militär besetzt und gesperrt worden. Über Störungen der Ruhe ist und nicht bekannt geworden.

Wir schärfen dem Volke, daß wir glücklich seien, es zu befreien und mit ihm zu verbleiben. Wir haben wieder auszumachen gesucht, was eine heilige Pflicht für uns ist. Wir haben die Volkshausrat geöffnet und die nach Hunderten und aber Hunderten zählenden Gefangenen befreit, die auf Verlangen und zum Schutz der Interessen der baltischen Dänen seit Jahren im Reich festgehalten wurden, in den sie das deutsche Militärregiment gefangen hatte. Diesen Schmach haben wir vom deutschen Schicksal entfernt. Eine jähwetige Frage hätten wir zu lösen: Wie bekommen wir die im Volkstum lebenden

300 000 deutschen Soldaten

ungefährlich in die Heimat. Es ist und gelungen, den größten Teil der Kameraden abzutransportieren, aber noch stehen 100 000 von ihnen im Baltikum. Überall, wo wir abrudern, sind logisch die russischen Volkswesen mit ihrer roten Gewand beherbergt. Man sagt, die Volkswesen seien Sozialisten. Aber das glaube ich nicht, denn sie haben ja auf uns, die wir gute Sozialisten sind, geschossen und haben sich unsere Lebensmittelliefernde angeeignet. Unser gesamter Abzug wurde von den Volkswesen bedroht und das in demselben Augenblick, wo in den baltischen Dänen englische Truppen landeten. Diese von 2000 Millionen Mark sind den Volkswesen in die Hände gefallen. Es handelt sich um Lebensmittel, die in Deutschland im Monate ausgeführt haben würden. Um den Abtransport unserer Kameraden zu sichern, haben wir eine eiserne Division gebildet. — In meiner Freude habe ich gefunden, daß es in Berlin heller aussieht, als es und die nach dem Osten durchgeleiteten Beltungen vorgezogen haben. Nach ersten Augenblick der Revolution haben sich die Kameraden der Ostfront auf den Standpunkt gestellt, die Republik muß durch demokratische Grundzüge aufgebaut werden, weil nur so die Erzeugnisse der Revolution gefördert werden können. Wir wollen nicht, daß die gestürzte Diktatur durch eine neue Diktatur ersetzt wird. (Lebhafter Beifall.)

Der dritte Redner war Severing. Diefeld. Er sagte unter anderem, in Diefeld sei die Revolution einen Tag früher ausgebrochen als in Berlin und sie sei ohne Opfer vor sich gegangen. In Diefeld gäbe es weder Unabhängige noch Spezialisten. Dort habe man auch nicht in schematischer Nachahmung der russischen Vorgänge einen Arbeiter- und Soldatenrat, sondern einen Volkshausrat gebildet, der die Macht in der Hand habe. In seinen weiteren Ausführungen trat der Redner für die Verwirklichung von Demokratie und Sozialismus ein, bevor Berücksichtigung eine Parte, einige Sozialdemokratische und feindseligere Gewerkschaften seien. (Lebhafter Beifall.)

Nach die übrigen Versammlungen nahmen einen guten Verlauf. In den Femenius-Sälen, Kemler Straße, ist die von 800 Personen besuchte Versammlung sehr gut verlaufen. Referenten waren Genossen Senje-Hamburg und Genosse Schuchtman-Duisburg.

Keine Ausweisung von Ostsee-Bohrern. In der in- und ausländischen Presse ist verbreitet worden, daß die deutsche Regierung die Ausweisung der Deutschen aus Ostsee-Bohrern mit der Drohung beantwortet, sämtliche Ostsee-Bohrer aus Deutschland auszuweisen. Demgegenüber ist festzustellen, daß diese Meldung auf keiner Art und Weise beruht und anscheinend nur dazu bestimmt ist, die beteiligten Kreise zu beunruhigen.

dem Druck einer gewalttätigen Gruppe liegen zu müssen. Der übergroße Teil der Arbeiterschaft bezieht die Aufmerksamkeit auf halbe Berufung der Nationalversammlung nach dem Reichstag, welche durch Arbeitsniederlegung und Demonstrationen gewalttätig zu hinterziehen, für angeblich verheerend ist.

Wie wir erfahren, haben die Arbeiter der Gemischtfabrik Spandau, nachdem ihnen bekannt wurde, daß sich die Demonstration gegen die Nationalversammlung richte, sich einstimmig ihrer Beteiligung abgelehnt.

Am Deutschlands Zukunft.

Neu Massenversammlungen der Sozialdemokratie.

Dieses Thema stand auf der Tagesordnung von zehn Versammlungen, welche am Montagabend von der Sozialdemokratischen Partei veranstaltet wurden. In allen Versammlungen traten ausführende Delegierte von der Reichsleitung und der Arbeiter- und Soldatenräte als Redner auf. Sie schärferten den Verlauf der Revolution in ihren Heimatsorten und wiesen in einmütigen Einverständnis die revolutionäre Bewegung in allen Teilen Deutschlands.

Am ersten Ort des Reichstages „Rheinland“, der bis auf den letzten Platz gefüllt war, sprach als erster Redner Kuhnert aus Köln. Er teilte mit, daß der Überstrom von alten zum neuen System in Nürnberg ohne Widerstand vor sich gegangen ist. Gegen die Nürnberger Diktatur haben sich die Nürnberger Genossen gewandt. Sie wissen, wenn wir geordnete Verhältnisse haben wollen, können wir keine Rücksichten und keine Spartakusläufe gebrauchen. (Lebhafter Beifall.) Der Redner schloß: Wir müssen die Nationalversammlung in kürzester Zeit haben, und sie muß auf breiterer demokratischer Grundlage stehen. Das wird uns die Gewähr geben für eine geordnete Nachentwicklung des neuen Landes. (Lebhafter Beifall.)

Soldatenrat Albert-Peter Hilberich der hiesigen Verhältnisse, denen die Offiziersarmee im Baltikum ausgelegt war. Die Rollen der Fehler der alten Regierung und des Militarismus haben die deutschen Soldaten in den baltischen Ländern ein eigenes Leben zu führen bekommen. Sie sehen wie auf einem Pulverfaß, denn das Gewaltregiment des Militarismus hat die ganze Bevölkerung gegen die deutschen Soldaten aufgebracht. Die Herrschaft des Militarismus in Irland, Dänemark und Ostland hatte das Volk ins Ruhezustand gebracht. Die Offiziere haben die Bevölkerung fürchterlich bedrückt und unterdrückt. Als ein Offizier in einer Rede sagte, sie, die Offiziere, hätten das baltische Land besetzt, da haben wir: „Raus mit den Dänen, Meer und Spital!“ Es ist Tatsache, daß deutsche Offiziere

Hunderte von Millionen an Wert mit Gewalt aus den baltischen Ländern herangeführt haben. Sie haben das Volk gequält und getötet. Die Dänen nahmen ihre Freigabe bis auf einen kleinen Rest absetzen, und alles nahmen die Offiziere für sich in Anspruch und verließen ihre Familien in der Heimat mit Lebensmitteln. Das ist die Katastrophe, wodurch der baltische Bevölkerung zu Ruhezustand der deutschen Soldaten gemacht werden ist. Raus mit den Soldaten! Die Kommunisten müssen übernehmen, haben wir nicht nur unseren Kameraden, sondern auch der ganzen Bevölkerung die Freiheit gebracht.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Frage der Heimarbeit.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Durch eine Reihe von Blättern geht ein Aufsatz, der an meinen erden „Vorwärts“ Artikel mit der irrigen Voraussetzung anknüpft, ich sei dort für gänzliche Abschaffung aller Heimarbeit eingetreten.

Wer mich kennt, der weiß oder sollte wissen: niemand hat eingehender als ich auf Heimarbeitstagen, in Aufsätzen, in meinem Buch „Arbeitermenschen und Heimarbeit“ und zuletzt ganz besonders durch meine hervorragende Schülerin Dr. Käthe Gabel (in ihrem Buch „Die Heimarbeit, das finanzielle Problem des Arbeiter-tums“) und in der ganzen Tätigkeit der von ihr geleiteten Aus-tauschstelle für Heimarbeitstagen, Berlin W. 30, Kollendörf-straße 20-22) immer wieder die ganze Verwickeltheit und Schwierig-keit dieses Problems „Abschaffung der Heimarbeit“ betont. Für die bei allen diesen Gelegenheiten angegebenen Wege zur Lösung des Problems sei derjenige, der nicht widerstreben will, an die obengenannte Austauschstelle verwiesen.

Prof. Dr. Wilbrandt

Vorderungen in den militär-technischen Instituten.

Eine äußerst fruchtbar besuchte Versammlung der gesamten Beam-tenschaft der Spandauer militär-technischen Institute, an der neben Vertretern auswärtiger und bundesstaatlicher Institute auch zahl-reiche Vertreter des Zentral-Arbeiterrates Spandau teilnahmen, schloß einstimmig folgende Entschlüsse:

Die gesamte Beamten- und Arbeiterschaft der bisherigen mili-tär-technischen Institute, vertreten durch die am 15. Dezember 1918 in Spandau im „Nöten Adler“ versammelte Arbeitsgemeinschaft der Beamten und durch den Zentral-Arbeiterrat, stellen folgende Forderungen auf:

1. Alle vorhandenen bisher militär-technischen Institute müssen bestehen bleiben. Sie müssen als erste vergesellschaftete Betriebe auf wirtschaftlicher Grundlage zu Arbeiterbetrieben aus-gebaut werden. Die gesamte Arbeiter- und Beamtenchaft be-zurteilt auf höchster Stufe die sich bereits geltend machenden Gegen-sätzlichkeiten.

2. Zusammenfassung der technischen Institute unter tech-nischer Leitung zu einer Staatsindustrie-Abteilung, unter Aus-schaltung des militärischen Einflusses.

3. Die für die Herstellung von Staatsaufträgen, besonders von Anstandsgeräten an feinsten Maschinen, Geräten und Anlagen, in Frage kommenden Stellen sind zu verpflichten, ihre Aufträge in erster Linie der Staatsindustrie-Abteilung zu übergeben.

4. Eingliederung der Staatsindustrie-Abteilung in ein zu er-ziehendes Reichsbeschaffungsamt unter technisch-wirtschaftlich ge-qualifizierte Oberleitung.

Die Gast- und Schankwirte Groß-Berlins

hatten sich zu einer großen Versammlung im Zirkus Busch eingeladen. Neben der Wahl zum Arbeitererrat fanden be-sondere für das Gewerbe dringende Fragen auf der Tages-ordnung. Herr Müller berichtete über die Schritte, die man bei dem Reichspräsidenten und der Regierung unternommen hatte, um die Aufhebung des Ausschankverbots von Alkohol und die vollstän-dige Befreiung der auf 9 Uhr festgesetzten Vollzeitschranken zu er-zielten. Sie waren zunächst erfolglos. Erst erneute Verhandlung-ern hatten das Ergebnis, daß Minister Cohnitz die Aufhebung der An-schankung zu Freitag, den 20. Dezember, in bestimmter Aussicht stellen konnte. Eine Wiederrückung ist infolgedessen schon jetzt eingetrit-ten, als der Weinanschank wieder gestattet wird.

Dieser erklärte sodann die neuen Verhältnisse im Reich. Er sieht in der rassen Einbürgerung der Nationalversammlung ein glänzendes Zeichen, glaubt aber dennoch, daß das Gewerbe immer beherrscht werde. Brauereimonopol und Umsatzeinkommen werden es besonders dort treffen. Daneben werde der Verkehr erheblich an-gewachsen, weil die Allgemeinheit infolge großer Löhnen nicht mehr im früheren Maße konsumfähig bleiben könne. Und dazu komme, daß die wirtschaftlichen Stärken, die Brauereien, Zigarettenfabriken u. a. ihre Löhne auf die Gastwirte abzumähen versuchen würden. Er erwählt daher in einer kühnen Resolution: Aufhebung aller bei Beruf einmündigen Vorschriften; Schaffung einer einheitlichen Schankgesetzgebung über das ganze Reich; Gastwirtevereine; Ver-treter in den Kommissionsbehörden und Vermittlungsstellen; Auf-hebung der den Brauereien im Brauereigesetz gewährten Vorrechte, die im Kontingenterangsverfahren liegen und Aufhebung aller Sondersteuern für das Gewerbe. Diese Entschlüsse wurden ein-stimmig angenommen.

Der Vorsitzende berichtete sodann über die Tarifverhand-lungen mit den Anstellten. Er beklagt es, daß durch einen Tarifvertrag geordnete Verhältnisse geschaffen werden sollten. Als er dann auf die Abschlüsse des Trinkgelderunverstandes zu sprechen kam und die Lohnforderungen der Anstellten verlas, brach die Versammlung vielfach in lautes Lachen aus.

In der Aussprache wurde der Vorschlag gemacht, die Rechner sollen befreit sein, 10 Prozent der Reize dem Gast anzurechnen. Da Weinlofen dagegen weniger, weil da zuerst größere Reizen gemacht werden. Diese Reizen sollen von den einzelnen Transaktionen nach durchberaten werden, um bei den Verhand-lungen eine gemeinsame Grundlage zu haben.

Die Schlächtermeister bleiben reaktionär.

Die Arbeitgeber wohl aller Berufe haben sich den veränderten Verhältnissen anzupassen gesucht. Industriekönige und Bergwerks-besitzer verhandeln jetzt mit den Organisationen und schließen mit ihnen Verträge. Die Schlächtermeister dagegen glauben noch die Forderungen der Gefellen nicht abgeben ohne jede Verhandlung ab-lassen zu können. In der Antwort, welche der Zweckerband, die Groß-Berliner Innungsorganisation auf die Forderung der Ge-fellen erteilt, heißt es: Der dem Zweckerband für das Fleischer-gewerbe Groß-Berlin seitens des Zentralverbandes der Fleischer-vorgelegte Lohnsatz widerspricht den Grundzügen eines handwerks-mäßigen Betriebes. Es ist deshalb unmöglich, auf die gemachten Vorschläge mit Gegenanschlägen zu antworten. Die Vorschläge des Zentralverbandes können eine Berücksichtigung schon deshalb nicht finden, weil das Fleischergewerbe in Ausübung seines Ge-werbes durch die gegenwärtig noch bestehenden gesetzlichen Anord-nungen auf äußerste beschränkt ist. Jedoch wird der Vorstand jederzeit bereit sein, mit dem in kürzester Frist zu wählenden Ge-fellenausschuß zu verhandeln über handwerksmäßig angemessene Lohnsätze in Verbindung zu treten. Es muß dem einseitigen Ver-handeln des Zentralverbandes mit einzelnen Firmen während der schwebenden Verhandlungen lebhaft bedauert werden.

In der Fleischermeisterpresse werden die einzelnen Firmen aufgefordert, auf irgendwelche Vorschläge seitens der Gefellen-organisation nicht einzugehen und diese rundweg abzulehnen. Die offene Kampfschlacht wird von den Gefellen nicht unbeantwortet bleiben. Man glaubt sich immer noch auf die Handball gelben Gefellen zu stützen, daß diese Rechnung falsch ist, werden die näch-sten Tage beweisen.

Eine Reihe Wurfmaschinen sowie sämtliche Fleischschneider-fabriken haben bereits in friedlicher Weise Verträge mit dem Ge-fellensverband abgeschlossen.

Die Forderungen lauten: für Gefellen in Kleinbetrieben ohne verantwortliche Stellung 70 M. pro Woche, für Erstgefellten 90 M. In den größeren Betrieben ist gefordert: für Junggefellten 75 M., ältere Gefellen ohne verantwortliche Stellung 90 M. und solche mit verantwortlicher Stellung 110 M. pro Woche. Für Aus-füllen pro Tag 15 M.

Wenn es zu einer Steigerung der Wurfmaschinen kommt, trifft die Schuld allein die Schlächtermeister, welche jetzt Verhand-lungen über die beschriebenen Lohnsätze ablehnen. Zentralverband der Fleischer, Bischofsstraße 11.

Grober Unfug der Fahrstuhlführerschulen.

Noch immer infizieren die bestehenden Fahrstuhlführerschulen in der „Korrespondenz“, dem „Lokalanzeiger“ und anderen bürger-lichen Tagesblättern, monach sie Fahrstuhlführer und Fahrstuhlführerinnen „suchen“ respektive ausbilden. In einem Inserat heißt es wörtlich:

Fahrstuhlführer, Fahrstuhlführerinnen verlangt sein, werden ausgebildet, Lehntun, Kottbuser Damm 70.

Auf das „Ausbilden“ kommt es an; diese Firmen lesen von dem Gerede her, die nicht alle werden; mit dem Zulass werden verlangt“ sollen nur Summe herangezogen werden, damit sie die 30 M. oder mehr Gehalt bezahlen. Stellungen sind nicht vor-handen; man schickt die ausgebildeten Lehrlinge“ dann einfach nach dem Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, wo denselben aber die Einweisung verweigert wird, da zurzeit mehr als 300 arbeitslose Fahrstuhlführer eingeschrieben sind, die wegen Mangel an vorhan-denen Stellen keine Arbeit finden können. Diese Fahrstuhlführer-schulen wissen das; um so gewissenloser ist es, daß trotzdem weiter infiziert und armen Leuten das letzte Geld aus der Tasche gelockt wird. In fast allen Fällen weigern sich die Auszubildeten, derartige Leute frisch von der Schule einzustellen, da dieselben in den meisten Fällen von der Fahrstuhlführung nichts verstehen. Eine Anzahl Fahrstuhlführer sind sicher auf die mangelhafte „Ausbildung“ zu-rückzuführen.

Die ausländische Organisation der Deutsche Partiarbe-berband, Dorotheenstr. 81, erteilt gern Rat und Auskunft.

Die Lohnbewegung der Bergarbeiter.

Essen, 16. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Verhandlungen über Lohnforderungen für die Bergarbeiter erklärten die Vertreter des Zechenverbandes dafür einzutreten zu wollen, daß ab 1. Januar 1919 eine weitere fünfzigprozentige Lohnhöhung eintritt. Die Vertreter des Zechenverbandes vertrauen jedoch da-rauf, daß die Bergarbeiterverbände eine erforderliche Preis-erhöhung für Brennstoffe gemeinsam mit ihnen durchsetzen. (Durch eine abermalige Verteuerung der Kohle dürfte der all-gemeinwohl wenig gedient sein. Wenn Lohnforderungen im gegenwärtigen Stadium nur erfolgen können auf Kosten weiterer Preissteigerungen der Produkte, so müssen dieselben auf das all-gemeine Wirtschaftsleben eher von schädlicher als fördernder Wirkung sein. D. R.)

Achtung Böttcher. In der Verbandsgeneralversammlung be-richtete der Vorsitzende Klappaus, daß der Verein der Brauereien auf die eingereichte Lohnforderung schriftlich geantwortet habe. Der Verein der Brauereien lehnt es ab, mit dem Böttcherverband allein über die gestellten Forderungen zu verhandeln. Die nächste Ver-handlung soll gemeinschaftlich mit den in Frage kommenden Ver-bänden voraussichtlich im nächsten Monat stattfinden. Diese Ver-schleppungstaktik wurde rund abgelehnt. Einstimmig wurde be-schlossen, am Dienstag früh die Arbeit niederzulegen.

Industrie und Handel.

Die Börse.

Die Börse eröffnete am Montag ziemlich schwach. Obwohl sie sich bereits mit dem Gedanken großer Kriegsgewinnsteuern veritaugt ge-macht hat, übte doch die Ankündigung der im Verrechnungswege defizitieren neuen großen Kriegsgewinnsteuern mit rückwirkender Kraft bis 1914 ihren Einfluß aus. Dazu traten die Streiks und Demonstrationen in Berlin und die Verunruhigung im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier. Später schloß sich aber auf allen Märkten eine Befestigung durch, weil die Zusammensetzung der Zentraltagung der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte ihren ruhigen Verlauf garantiert und den fast einmütigen Wunsch des Volkes nach einem möglichst frühen Termin der Nationalversammlung Ausdruck ver-leiht, die zugleich eine Bürgschaft der wirtschaftlichen Stabilität ist. Aus diesem Grunde waren auch heimische Anleihen recht fest. Im späteren Verlauf abgerundete sich diese Befestigung, da der Einheits-markt überwiegend fest war. Ausländische Zahlungsmittel bröckel-ten um Kleinigkeiten ab, da sich der Kurs der deutschen Mark auch im Ausland wieder etwas zu heben beginnt, und zwar in dem Maße, als man gegenüber den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland vertrauensvoller wird und einsieht, daß die Viehnecht-gruppe nicht das Heft in Händen hält.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Die Isolier-Drähte zu elektrischen Zwecken (vorm. C. J. Vogel, Telegraphen-Draht-Fabrik) A. G. in Berlin verteilt wie im Vor-jahre 18 Proz. Dividende. Der Betriebsüberschuß ist von 2,2 auf 4,5 Millionen Mark, der Reingewinn von 1,2 auf 2,6 Millionen Mark gestiegen. Gleichzeitig hat sich aber die Kriegsgewinnsteuer von 100 000 auf 1 280 000 Mark erhöht. Die im Geschäftsbericht mit-geteilt wird, war das Unternehmen im abgelaufenen Geschäfts-jahre in sämtlichen Abteilungen reichlich beschäftigt. Der Betrieb im Kabelwerk in Cöpenick konnte nunmehr aufgenommen werden. Das bisher in Wien in der Form einer G. m. b. H. betriebene Tochterunternehmen ist Ende September 1918 auf eine von der Gesellschaft unter Mitwirkung von Wiener Geschäftsfreunden be-gründete österreichische Aktiengesellschaft übergegangen, deren bei der Gründung voll eingezahltes Grundkapital 8 Millionen Kronen beträgt. Der der Gesellschaft zustehende Aktienbesitz ist im Konto für Beteiligungen verbucht, das sich nunmehr auf 2 846 911 Mark beläuft. Die Beschäftigung des seit dem 1. Oktober 1918 laufenden neuen Geschäftsjahres ist aufzu den besten.

Soziales.

Einfluß der Hungerblockade auf Leben und Gesundheit der Bevölkerung

Erst in einem Aufsatz der „Königlichen Zeitung“ der Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Köln, Dr. Georg Neuhaus. Unter der Nahrungsmittelknappheit ist die Gesamtsterblichkeit der weib-lichen Personen von 12,67 vom Tausend im Jahre 1914 auf 12,93 im Jahre 1915, auf 13,74 im Jahre 1916, auf 15,03 im Jahre 1917 und auf 15,03 in den ersten neun Monaten des Jahres 1918 ge-iegen; also mit längerer Dauer der Lebensmittelknappheit eine gesteigerte Zunahme der Sterblichkeit. Die Kindersterblich-keit läßt sich nur unter Verwendung der Ergebnisse der Volks-zählungen errechnen. Danach betrug die Sterbeziffer der männ-lichen und weiblichen Personen

	im Alter von Jahren	
	1-5	5-10
im Jahre	1-5	5-10
1910/11	10,96	3,81
1916/17	20,92	5,38
1917/18	21,87	6,58

Also auch hier Zunahme der Sterblichkeit bei längerer Dauer der Ab-sperrung von der Lebensmittelzufuhr.

Heber Durchschnittsgewicht und -größe der Volks-schulfinder, die regelmäßig bei der Einschulung zu Oftern festgestellt werden — das ist nur 1914 unterblieben —, geben folgende Zahlen Auskunft. Es betrug

Jahre	das Durchschnittsgewicht in Kilogramm bei		die Durchschnittsgröße in Zentimeter bei	
	Knaben	Mädchen	Knaben	Mädchen
1913	30,7	29,3	114	112
1915	29,6	29,2	111	111
1916	19,7	19,4	111	110
1917	19,3	18,9	110	109
1918	19,7	19,0	110	109

Daneben sind Körpergewicht und -länge bei Knaben und Mädchen bis 1917 geringer geworden. Nur 1918 beim Körpergewicht zeigt sich gegenüber dem außerordentlichen Tiefstand des Vorjahres eine kleine Zunahme, während die Körperlänge nicht mehr abge-nommen hat.

Verantwortlich für Politik: Carl Kautner, Berlin; für den literarischen Teil des Blattes: Alfred Schell, Kassel; für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Franz Vorwärts-Publikations- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Unter den Eichen 1, 1. Stock.

Georg Ebers' ausgewählte Werke

Neue wohlfeile Ausgabe, 10 stattliche Bände in Halbleinen Mark 55.—
Schöner Druck — gutes Papier — solider Einband — mäßiger Preis.

Inhalt: Eine ägyptische Königstochter — Narda — Homo sum — Die Schwärmer — Der Kaiser — Die Frau Bürgermeisterin — Ein Wort — Die Gred — Barbara Blomberg — Die Geschichte meines Lebens.

Georg Ebers' Romane leben in ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung und ihrer prachtvollen, lebendigen und herdenbräutlichen Gestaltungskraft unverwundlich; sie zählen seit Jahrhunderten zu den Lieblingsbüchern der deutschen Familie / In der vorliegenden, auf sorgfältigster Ausgabe sind alle Werke verpackt, die dem Namen Ebers' seinen besten, guten Klang verschafft haben.

Lieferung gegen Monatszahlungen von 5 Mark ohne Preiserhöhung.

A. Vollbrück & Co., Buchhandlung, Berlin, Dranienburger Str. 59. (Vollbrückstraße 20617.)

Bestellschein (in offenem Briefumschlag für 5 Pf.) aus dem „Vorwärts“.

Unterzeichnet bestellt bei der Buchhandlung A. Vollbrück & Co., Berlin, Dranienburger Straße 59:

Georg Ebers' ausgewählte Werte
10 Bände geb. M. 55.—

Der Betrag — ist nachzunehmen — wird nach Empfang ein-gesandt — wird mit monatlich fünf Mark gezahlt.
Erfüllungsort ist Berlin-Mitte.

Name und Stand mit ge-nauer Wohnungsangabe

A. WERTHEIM

Blusen

- Bluse aus fein gemustertem Tüll mit großem Kragen 29.50
- Bluse aus Perlseide, verschied. Formen und Farben 39.00
- Bluse aus Perlseide, Vorderteil reich gestickt, verschiedene Farben 45.00
- Bluse aus guter, kariert. Seide ... 59.00
- Bluse aus Crêpe-de-Chine, verschied. Formen und Farben 75.00

Weißwaren

- B'usenkragen aus Batist mit Spitze . 3.75 4.75
- Jabot mit Stehkragen aus Spitze ... 4.01 4.25
- Marabukragen runde Form 15.75
- Feder-Collier in schwarz/weiß, mode/weiß, grau/weiß 43.50

Damen-Handschuhe

- Trikot farbig u. schwarz, mit 2 Druckknöpfen 2.90
- Strickhandschuhe grau 3.90
- Schweden-Ersatz, weiß mit schwarzer Aufsicht 3.90
- Trikot % mit Sel emalter, 2 Druckknöpfe . 4.90
- Wildleder-Ers. * Stopp, farb u. schw. 2 Druckk. 6.50
- Seide angeraut, farbig u. schwarz, 2 Druckk. 8.75
- Seide gest. rickt, in modernen Farben, Schlupfer 9.50
- Glacé schwarz u. weiß, 2 Druckknöpfe . . . 5.75
- Ziegenleder weiß 2 Drkn. 8.5. schwarz, 2 Drkn. 9.50
- Ziegenleder Schwed. sch, schw. r. z, 2 Druckkn. 9.50
- Ziegenleder farbig, m. breiter Affn., 2 Druckkn. 13.50

Taschentücher

- Batist mit Hohlraum und gestickter Ecke Stück 75 Pf. 1.45
- Batist mit Hohlraum und handgestickter Ecke Stück 2.00
- Herren-Taschentücher mit Hohlraum Stück 2.20
- Gebogte Taschentücher mit gestickter Ecke Stück 2.50
- Batist mit Hohlraum und gestickter Ecke . % Dutzend 9.25 13.75

Damen-Kleider

- Kittelkleid aus gutem seiden-artigen Stoff, mit farbig. Stickerei 148.00
- Tanzkleider aus Taft, Crêpe-de-Chine od. Perlseide, in hell. Farben 175.00
- Kittelkleid a. gut. Crêpe-de-Chine jugendliche Form 175.00
- Nachmittagskleid a. gut. Taffet, Taille reich gestickt, aparte Machart 185.00
- Mantelkleid a. praktischem Stoff, Taille auf Seide gefüttert 198.00

Kongress der A.- und S.-Räte.

(Schluß aus der Abendausgabe.)

Bei der Wahl zum Bureau werden Leinert, Seeger und Kowolka als Vorsitzende mit gleichen Stimmen gewählt.

Leinert übernimmt den Vorsitz und dankt zugleich im Namen der beiden anderen Vorsitzenden. Er erinnert daran, daß von diesem Platz sehr oft Sozialdemokraten zur Ordnung gerufen wurden, besonders von Herrn v. Röcher, der die Sozialdemokratie nicht als Subjekt, sondern als Objekt der Gesetzgebung betrachtete.

Ein Antrag wird abgelehnt. Zur Tagesordnung schlägt Lüdemann vor, die Wahl des Vollzugsrates von der letzten Stelle hinter den Punkt 2 „Nationalversammlung oder Nationalversammlung“ zu stellen.

Der Antrag Lüdemann wird angenommen. Ein Antrag der Unabhängigen, auf die Tagesordnung zu setzen: „Gegenrevolution, Aufrüstung und Rat der Volksbeauftragten“ wird abgelehnt.

Ein Antrag Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg als Gäste mit beratender Stimme zu laden, wird abgelehnt.

Leinert teilt unter höchstem Beifall das Wahlergebnis mit. Die Mandatsprüfungskommission wird gebildet aus je 3 Vertretern beider sozialdemokratischen Parteien und vier Soldaten-Delegierten.

Zum Antrag Schäblich führt Ebert aus, daß es der Reichsleitung unmöglich sein würde, auch noch einer Parallellösung der Soldatenräte beizutreten.

Der Antrag wird zurückgezogen. Getagt wird mit einer Mittagspause von 1—3 Uhr. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten. Punkt 1 lautet:

Bericht des Vollzugsrates.

Referent ist

Richard Müller:

Dem Vollzugsrat wurde nachgefragt, er wolle die Diktatur über ganz Deutschland erlangen. Als diese und andere Lügen nicht mehr verfangen, griff man zu Verleumdungen, wie von den 800 Millionen, den hohen Gehältern und Bezügen. Mancher von ihnen wird vorgekommen sein. Was mich anbelangt, so gebe ich darüber hinweg.

Ich verzichte auf die Mitgliedschaft im Vollzugsrat

und wünsche meinem Nachfolger, daß er es besser mache. Die Vorbereitungen zur Revolution wurden schon im Juni 1918 getroffen, wenn auch noch nicht so klar wie später. Diejenigen, die hervorragenden Anteil an den Vorbereitungen genommen hatten, wurden Mitglieder des Vollzugsrates, und natürlich wurden sie von dem betroffenen Bürgerium und seinen Organen bedankt. Außerdem war der Vollzugsrat sozusagen das einzige greifbare Ergebnis der Revolution, der Ausdruck der neuen Staatsmacht der A. und S.-Räte. Heute noch führt die gesamte bürgerliche Presse den schärfsten Kampf gegen den Vollzugsrat, der zur niederträchtigsten Heße aufartete. Die A. und S.-Räte sind die einzige Errungenschaft der Revolution, fallen sie, so bleibt nichts mehr übrig. Kraft unserer revolutionären Macht erklärten wir uns als oberste Kontrollinstanz. Am 17. November gaben wir unter revolutionärem Programm bekannt, indem wir mit aller Schärfe betonten, daß wir die Errungenschaften der Revolution festhalten und sichern wollten, daß wir die politische Macht den Räte- und Handarbeitern zugesprochen wollten. Wir gestehen jedermann das Recht der Kritik zu, aber Sozialisten sollten nicht eine Kritik in der Weise ausüben, daß dadurch eine vollständige Beseitigung der Arbeiterräte herbeigeführt würde. Die Revolution droht einige Tage an der Wasserlinie früher aus, noch ehe wir davon Kenntnis hatten, daß die Revolution an anderen Orten Deutschlands ausbrechen würde, hatten wir den Termin festgesetzt. Aber die Bolschewisten der alten Reichshäber, unsere die Bolschewisten mit Jehnaufernden der besten Leute zum Bergweiskampfs führen, führte den Ausbruch herbei. Bei dem notwendigen eintrudeln Drunter und Drüber waren wir bestrebt, die Ordnung aufrechtzuerhalten und berieten bereits am 10. November eine Versammlung der A. und S.-Räte nach dem Zirkus Busch. Inzwischen hatte sich eine Regierung, der Rat der Volksbeauftragten, aus Sozialdemokraten und unabhängigen Sozialdemokraten gebildet und wurde von der Versammlung im Zirkus Busch bestätigt. Dort wurde auch der Vollzugsrat gewählt, aber in einen solchen wollten zunächst die unabhängigen Sozialdemokraten, wenn auch die andere Sozialdemokratische Partei in ihm Vertreter hatte, nicht eintreten. (Hört, hört!) Auch ich habe mich geweigert und es nur unter dem Druck der Soldaten

erlaubt, aber ich bereue, daß ich mich dieser Diktatur der Soldaten erkläre. (Hört, hört!) Ueberall waren die Arbeiter und Soldaten die Träger der Revolution und wir hielten es für notwendig, einen Zentralrat der Deutschen Republik zu schaffen. Das konnte nur der Berliner Vollzugsrat sein, wobei uns aber jeder Gedanke an Diktatur ferngelegen hat. (Sehr richtig!)

Vorsitzender Leinert (unterbricht hier den Redner): Tausende von Arbeitern (Spartakusgruppe) haben eine Deputation hierher entsandt, die ihre Forderungen dem Kongress durch Verlesung zur Kenntnis bringen wollen. Der Sprecher der Deputation verliest die Forderungen: 1. Deutschland eine sozialistische Republik. 2. Die ganze Macht der A. und S.-Räte. 3. Der vom 4. gewählte Vollzugsrat der A. und S.-Räte als höchstes Organ der Gesetzgebung und Regierung zu machen. 4. Beseitigung des Erblichen Kais der Volksbeauftragten. 5. Sofortige energische Durchführung aller zum Schutz der Revolution erforderlichen Maßnahmen durch den Zentralrat, vor allem: Entwaffnung der Gegenrevolution, Bewaffnung des Proletariats, Bildung der Roten Garde. 6. Sofortiger Aufbruch des Zentralrats an die Proletarier aller Länder zur Bildung von A. und S.-Räten zwecks Durchführung der Aufhebung der sozialistischen Weltrevolution.

Die einzelnen Forderungen werden von einem Teil der Versammlung mit Beifall, von dem anderen mit Protestrufen aufgenommen.

Herr Leinert: Ich bitte den draußen versammelten Arbeitern zu erklären, daß der Kongress die Forderungen zur Kenntnis genommen hat und in seinen Verhandlungen darüber entscheiden wird.

Richard Müller (fortfahrend): Bereits am 25. November haben wir erklärt, daß uns jeder Gedanke einer Diktatur fernliegt und daß der Vollzugsrat so schnell als möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Wir haben ihn auch durch Vertreter aus nicht preussischen Bundesstaaten ergänzt, so daß er heute nicht aus 28, sondern aus 45 Mitgliedern besteht. Sie werden uns kritisieren und uns in mancher Beziehung sagen können, wie wir es besser hätten

machen sollen. Aber niemand kann uns den Vorwurf machen, daß wir nicht alles versucht haben, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Wir übernahmen die Macht ohne jeden technischen Apparat, ohne geschulte eingearbeitete Beamte, und natürlich mußten bei den ungeheuren Schwierigkeiten Fehler unterlaufen. Einzelne Mitglieder des Vollzugsrats haben auch wirklich ganz unverantwortlich gehandelt. Diese Mitglieder sind aber beseitigt worden. Die bürgerliche Presse versuchte, alles zur Heße gegen den Vollzugsrat auszunutzen, und auch der „Vorwärts“ hat sich der Gerächung des Vollzugsrats angeschlossen. Bei der ungeheuren Arbeitslast mußten die Mitglieder sich auf die Mitarbeiter verlassen und dadurch mag manche Vollmacht herausgegeben sein, die der Vollzugsrat nicht beibringen kann. Die bürgerliche Presse sucht

den 800-Millionen-Schwindel

gegen uns auszunutzen; jetzt sollen es ja bereits 1800 Millionen sein. Man stieg sich für diesen Schwindel auf den Staatssekretär Schiffer. Er hat sich vorsichtig ausgedrückt und will beweisen, daß das Rätesystem kostspieliger ist als das alte. Aber an so verantwortlicher Stelle soll man nicht sagen, was man nicht beweisen kann, und deshalb soll Herr Schiffer recht bald sein Material vorlegen. Wenn er weiter erklärte, in unverantwortlicher Weise sei mit dem Nationalvermögen geschleudert worden, so sind es doch gerade die A. und S.-Räte gewesen, die dieser Verschleuderung Einhalt getan haben, und es ist unverantwortlich von Herrn Schiffer, das zu behaupten, zumal er weiß, daß es nicht wahr ist. Bis heute hat Herr Schiffer dem Vollzugsrat noch seinen Pfennig überwiesen, und ebenso wenig hat er der Rat der Volksbeauftragten getan. (Lebhaftes Hört, hört!) Im ganzen hat der Vollzugsrat etwa 500 000 M. ausgegeben. Ganz besonders hebt die bürgerliche Presse gegen meine Person. Ich soll ja sogar an dem Blutvergießen am 6. Dezember in der Chausseestraße schuld sein. Auch soll ich die Verhaftung von Einnes und Thissen verantworten. All solche Dinge lasse ich auf sich beruhen. Wenn aber bürgerliche Blätter behaupten, daß ich 80 000 M. Vorschuß genommen habe, so muß ich doch sagen, daß es unter den bürgerlichen Schriftstellern recht viele Galunken gibt (Lebhaft, Beifall), die die Männer der Revolution verleumden und herunterreißen. Keinen Pfennig habe ich an Aufwandsentschädigung und Speise bisher erhalten. Aber Herr Collin Noß, der als Konterrevolutionär entlarvt ist, der Geld erhalten hat, um die Soldaten aufzuputten und den Vollzugsrat aufzuheben, hebt hinter diesem ganzen 800- oder 1800-Millionen-Schwindel. Der Artikel gegen mich und den Vollzugsrat stammt aus der Korrespondenz Hofrichter, die enge Beziehungen zum Rat der Volksbeauftragten hat. Herr Hofrichter hat auch den Schwindel im „Vorwärts“ noch einmal angewärmt. Aus jener Quelle stammt auch die Verleumdung, die den Vollzugsrat mit der Zentralleitung in Verbindung bringt, woran auch kein wahres Wort ist.

Der Redner bricht ab und wird sein Referat in der Nachmittags-sitzung fortsetzen. Vorj. Leinert teilt das Wahlergebnis der verfassunggebenden Versammlung in Mecklenburg-Strelitz mit. Gewählt sind 22 Sozialdemokraten, 16 Liberale, 3 Handwerker, 1 Bauernabwähler. Die Mehrheit besteht also aus Sozialdemokraten. (Lebhaft, Bravo!)

Begrüßungsgramme für den Kongress sind von den Ministern Strich und Ernst eingegangen.

Nachmittags-sitzung.

Den Vorsitz führt Leinert.

Müller (fortfahrend):

Ich habe festgestellt, daß die Heße gegen uns jeder Grundlage entbehrt und überlasse es Ihnen, sich ein Urteil zu bilden. Das Verhältnis zwischen Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten, wie es sich jetzt gestaltet hat, ist untraglich. Es hat den Anschein, als wolle sich der Rat der Volksbeauftragten nicht mehr um die Kontrolle des Vollzugsrats stellen. Es hat mich gewundert, daß die Truppen nur auf den Rat der Volksbeauftragten vereidigt worden sind. Die verlesene Eidesformel ruft Beifall und Widerspruch hervor. Die Truppen sind nicht auf die „sozialistische“, sondern auf die „deutsche“ Republik vereidigt worden. Besteht da nicht ein Unterschied? Die Stellung des Rates der Volksbeauftragten zum Vollzugsrat lag klar zutage. Der Vollzugsrat hatte nach den Erklärungen vom 11., 12. und 15. November das Recht der Kontrolle und der Ernennung der Minister und Volksbeauftragten. Damals hat niemand Widerspruch erhoben. Die militärischen Anjungen haben aber genau wie vor der Revolution es verstanden, ihren Willen durchzusetzen, nicht nur gegen den Vollzugsrat, sondern auch gegenüber dem Rat der Volksbeauftragten. Die hielten eine durchgreifende Reform des Regierungsapparats durch die A. und S.-Räte für notwendig, fanden aber beim Rat der Volksbeauftragten kein Entgegenkommen. Müller verliest das Resultat der Beratungen mit den Volksbeauftragten. Nach diesen Ermahnungen hätten die A. und S.-Räte das Recht der Ernennung im Falle der Notlage, unser Einzug auf die Regierung geschehen. Die Beschlüsse, die wir ihr zugehen ließen, hat sie einfach nicht ausgeführt. Als Beispiel führt er die Affäre Solf an. Dasselbe gilt von der Forderung, Erzberger dürfe nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Die Ämter des Auswärtigen Amtes sollen beschlagnahmt werden, damit die Oesen nicht mit ihnen gehetzt werden. Jetzt steht, daß ein großer Teil dieser Ämter verbrannt worden ist. (Hört, hört!) Erzberger Zwischenruf Ebert: Das ist nicht wahr! — (Hört, hört!) Dem Verlangen, die Manganzeichen der Offiziere abzuschaffen, ist nicht entsprochen worden. Man hat verlangt, daß die

Waffen der heimkehrenden Truppen abgeliefert

werden, damit die politisch Unausgebildeten (Unruhe, Sturm Löl). Ich habe nicht gesagt, daß Sie alle unausgebildet sind. Aber sicher haben Sie nicht den Einblick wie wir. (Sturm, Beifall.) Die folgenden Ausführungen gehen in der allgemeinen Unruhe verloren. Wir sind auf den Widerstand der Volksbeauftragten gestoßen. Und wenn Sie die gestrigen Reden von Ebert und Scheidemann gelesen haben, so sehen Sie, daß sie sich unter unserer Kontrolle nicht wohl fühlen. Hinter den Volksbeauftragten steht die ganze bürgerliche Presse. Fortwährend hat man gegen uns gehetzt, bis eines Tages der Putsch da war. Was hat das Verhalten der Volksbeauftragten bei dem Putsch beschränkt. Der Putsch kam von rechts. Die Letter wurden von uns festgehalten, sind aber heute wieder frei. Der Hauptmann Lorenz ist auf Verlangen des Kriegsministers freigelassen worden. (Zwischenruf aller Volksbeauftragten: Das ist nicht wahr! Barth und Lönzberg schlagen erregt auf den Tisch.) Volksräte, Arbeiter- und Soldatenräte und der Rat der Volksbeauftragten sind Rinder der Revolution. Alle Rinder müssen Rinderkranheiten durchmachen. Die wir bisher durchgemacht haben, wiegen kolossal leicht gegen die Verbrechen der alten Mächthaber. Wir haben keine Hände. Es wird sich zeigen, daß die Verleumdungen gegen die Arbeiter- und Soldatenräte halbes sind. Hätten die Räte, kann sind die Errungenschaften der Revolution vernichtet. Widen Sie nicht zurück, Widen Sie in die Zukunft. Wir haben sechs schwere erfahrungreiche Wochen hinter uns. Jetzt geben

wir Ihnen das Schicksal der Revolution in die Hand. (Lebhaft, Beifall und Handklopfen.)

Wahns vom Vollzugsrat erstattet den Rassenbericht. Er teilt u. a. mit, daß von einem jungen Mann aus einem Pensionsinstitut dem Vollzugsrat aus einem Fonds 450 000 Franc überwiesen worden sind, außerdem 30 000 M. polnisches Geld. Die Gesamteinnahmen betragen 850 290,35 M., die Gesamtausgaben 414 178,82 M. Viel Schuld an den hohen Gehältern tragen die soldatischen Mitglieder des Vollzugsrats.

Volksbeauftragter Dittmann:

Die Revolution ist das Werk von Sozialisten, und ihr ruhiger Verlauf ist ein Erfolg der Schulung der Massen durch die Sozialdemokratie. In der Regierung sind beide sozialistische Parteien gleichmäßig vertreten, somit ist die Regierung getragen von dem Vertrauen, das die beiden sozialistischen Parteien in den Arbeiter- und Soldatenräten und in den Volksmassen genießen. Auf diesem Vertrauen beruht auch die moralische Macht der Arbeiter- und Soldatenräte selbst. Sogar die Vertreter der gestützten Parteien erkennen an, daß außer der Sozialdemokratie keine Partei vorhanden ist, die jetzt die Reichsgeschäfte übernehmen kann. Deshalb darf die Reichsregierung mit vollem Recht vor In- und Ausland erklären, die Beauftragten des Volkes zu sein. Seit das Reich besteht, hat es noch nie eine Regierung gehabt, die so sehr im Volk verankert und so von seinem Vertrauen getragen ist, wie die gegenwärtige. (Beifall.) Der Vollzugsrat hat die Kontrolle und die Regierung die Exekutive. Erst allmählich ist es gelungen, Kontrolle und Exekutive zu scheiden. In den ersten Wirren der Revolution hat der Vollzugsrat mancherlei Rechte ausgeübt, die nicht Sache der Kontrolle, sondern der Exekutive sein müssen. Daraus haben sich mancherlei Unstimmigkeiten ergeben, und einzelnes darüber hat Müller von seinem Standpunkt aus vorgebracht. Es scheint mir nicht notwendig, nachträglich auf solche Dinge einzugehen, die geregelt sind, Deshalb nur wenige Worte darüber: Das Entlassungsgebot des Staatssekretärs Dr. Solf ist genehmigt, doch ist er gebeten worden, das Amt solange weiterzuführen, bis die Verhandlungen mit seinem Nachfolger abgeschlossen sind. Genosse David ist nie vom Rat der Volksbeauftragten oder von sonst jemand mit der

Prüfung der Ämter im Auswärtigen Amt

beauftragt worden; diese Prüfung ist zunächst dem Genossen Karl Kautsky übertragen worden, und dann ist noch Genosse Dr. Duard aus Frankfurt a. M. hinzugezogen worden. Die Behauptung, die Müller vorgebracht hat, wichtige Ämter seien verdrängt worden, ist auch und zu Ehren gekommen. Kautsky hat erklärt, er habe keinerlei Anzeichen dafür gefunden, daß Ämter vernichtet worden seien, er habe vielmehr weit mehr vorgefunden als er erwartet habe. Müller meinte, hinter dem Kabinett stünde die ganze bürgerliche Presse. Da muß er wohl andere bürgerliche Blätter zu Gesicht bekommen als ich und meine Kollegen. Der Hauptmann Lorenz ist nicht freigelassen auf Grund des Verlangens des Kriegsministers, sondern auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses einer vom Vollzugsrat gewünschten und vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzten Kommission aus drei Juristen. Schließlich ist eine Vereinbarung zwischen Vollzugsrat und Rat der Volksbeauftragten zustande gekommen, wonach dem ersteren die Kontrolle und das Recht der Berufung und Abberufung der Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten zusteht, dem letzteren aber die Exekutive. Auch dies ist ein Probatorium, das nunmehr sein Ende erreicht, indem an die Stelle des Vollzugsrats der Zentralrat tritt, den Sie wählen werden. Die Reichsregierung hat mit dem Vollzugsrat zusammengearbeitet gesucht, um alle Differenzen auszugleichen, und sie wird auch mit dem neuen Zentralrat im gleichen brüderlichen Geist zusammenarbeiten.

Das erste Werk der neuen Reichsregierung war die Einstellung der vierjährigen Kriegsgewinnsteuer, der Waffensstillstand. Seine harten Bedingungen sollen mit voller Macht auf die Träger des alten Systems, die Deutschland in den Zustand verweist haben, in welchem solche Bedingungen gestellt werden konnten, und angenommen werden mußten, wollten wir nicht unser Volk völliger Vernichtung preisgeben. So war dieser erste Akt der Regierung von eiferner Notwendigkeit diktiert, und auch weiterhin sind wir auf Schritt und Tritt gefordert durch die verbrecherische Politik des alten Systems. Was läge sonst näher als

der politischen Umwälzung sofort die wirtschaftliche

folgen zu lassen. Hätte das deutsche Volk vier Jahre früher seinen Akt gemacht, so würde die Sozialisierung ein Kinder-spiel sein gegenüber den Schwierigkeiten, die sich ihr heute entgegenstellen. Zunächst gilt es, den Pazifismus und dann den schändlichen endgültigen Frieden, der die erste Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens und die Hebung der Produktivität ist, die wiederum unerlässlich ist für die Sozialisierung. Die Umstellung der Produktion auf den Friedensbedarf ist eine langwierige unproduktive Arbeit. Dazu kommt noch der gefährliche Mangel an Rohstoffen und Hilfsmitteln aller Art. Die Herstellung von Lebensmitteln aus dem Auslande ist daher die dringendste Forderung. Es besteht die Hoffnung, mit Hilfe Mexikos die notwendigen Lebensmittel bald herbeizubekommen. Daneben gilt es, die Produktion wieder in Gang zu bringen. Vor dem Kriege lebten wir in einer Welt voll Reichtum und brauchten selbst länger dauernde Störungen der Produktion nicht zu fürchten. Anders ist es jetzt. Nachdem wir alles gelassen, um bei Betrieben, die dafür reif sind, die Sozialisierung in die Hand zu nehmen. Es sind auch Maßnahmen getroffen, um die Verschleppung von Kapital ins Ausland zu hindern. Die Gesellschaften mit 80 Proz. ihres Gewinnes reservierten; ein neues Kriegsgewinnsteuergesetz ist in Vorbereitung, um die großen Kriegsgewinne reiflos fortzusteuern. Ein neues Einkommensteuergesetz, welches die Erbschaften, Einkommen und Vermögen weit härter erfaßt, ist in Vorbereitung. Ein neues Reichsamt, das Demobilisierungssamt, hat bereits eine Anzahl Bestimmungen erlassen, um die Aufnahme der Friedensarbeit zu ermöglichen. Erst nach Ueberwindung der Uebergangszeit wird der Sozialismus sich voll entfalten und dem Volke Kultur und Wohlstand bringen können. Zunächst ist des Volkes Los Armut und Entbehrung als Folge der vierjährigen verbrecherischen Kriegspolitik. Das ist eine schmerzliche Wahrheit, die wir aber offen aussprechen müssen. Die politische Bewegung sollte auch die soziale Erleichterung bringen. Aber durch den vierjährigen Krieg ist alles verunmöglicht. Wer sich in die Seele des Arbeiters versetzen kann, wird sich nicht wundern, daß die Arbeiter das nicht sogleich lassen können und daß sich ihr Inneres dagegen aufbäumt, daß sie auch jetzt wieder die Leidenden und Entbehrenden sein sollen. Sie müssen aber dieser Tatsache ruhig ins Auge sehen. Ihnen fällt kein Reichtum in Ahelod in den Schoß, sie müssen von neuem erst Schritte machen. Die durch die Arbeit der Vergangenheit geschaffenen Werte werden zur Bezahlung der Kriegsschulden, und auch ein Teil der Arbeit der Zukunft wird dazu verwandt werden. Keine Reichsregierung kann daran etwas ändern. Daher ergibt sich für die Arbeiter die Notwendigkeit, alles zu tun, daß die Produktion wieder aufgenommen

